

der Kinderschutzbund⁵ und Terre des Hommes gegen die Anonyme Geburt ausgesprochen. Auch in Luxemburg sollte dieses Thema wieder aufgegriffen werden und es sollte versucht werden, zumindest eine Möglichkeit zu schaffen, später als Betroffener dennoch an diese Informationen heranzukommen. Übrigens war dies der Inhalt der 4. Motion, welche die Abgeordnetenversammlung im Anschluss an die Ratifizierung der IKRK stimmte.

Globalisierung

Die Auswirkungen der Globalisierung auf die Kinder werden immer offensichtlicher. Dadurch, dass ihre Eltern wie Schachfiguren auf dem Brett der Weltwirtschaft hin und her geschoben werden, verlieren die Kinder ihre vertraute Umgebung, ihr familiäres Umfeld, ihre Freunde und Bekannten. In ihrer neuen Heimat werden sie oft mit feindseligen Gefühlen empfangen, sprachliche und kulturelle Barrieren verhindern eine normale soziale und berufliche Entwicklung. Innerhalb der Europäischen Union ist dies schon ein großes Problem, aber die Situation von Einwanderern aus nichteuropäischen Ländern ist noch viel dramatischer. Rechtsradikale Politiker, wie jüngst in Italien, würden am liebsten die Schiffe mit illegalen Einwanderern versenken. Nicht umsonst versuchten europäische Kinderrechtsorganisationen wie EURONET und EFCW einen Hinweis auf die IKRK in die europäischen Verträge von Maastricht und Amsterdam einzubringen, vergeblich. Der Durchbruch gelang bei der europäischen Verfassung (dem Konvent), aber deren Schicksal ist noch ungewiss.

Konsum, Werbung

Kinder werden immer mehr als Konsumenten wahrgenommen und entsprechend umworben und manipuliert. Besonders in den skandinavischen Ländern wächst der Widerstand gegen die wild gewordene Werbeindustrie, die keine Tabus mehr kennt, wenn es darum geht, ihre Produkte bei Kindern abzusetzen. Aufklärungskampagnen, die nicht einmal über ein Hundertstel des Budgets der Werbeindustrie verfügen greifen ein in einen Kampf, der von vornherein verloren ist. Konsumrausch, unkritisches Konsumverhalten, schlechte Ess- und

Trinkgewohnheiten und deren weltweite Nivellierung, Unzufriedenheit und Neid bei den armen Kindern sind nur einige der Konsequenzen dieser gigantischen Manipulation. Eine rezente Initiative der Schwedischen Regierung, hier Grenzen zu setzen wurde von der Luxemburger Regierung nicht unterstützt.

Umsetzung politischer Entscheidungen

Wie schon erwähnt müssen Gesetze respektiert und angewandt werden. Aber auch politische Entscheidungen, wie die vier Motionen, welche die Abgeordnetenversammlung im Anschluss an die Ratifizierung der IKRK gestimmt hatte sollten umgesetzt werden. Das war bis jetzt nur bei zweien der Fall. Die wichtige Frage des Art. 11 des Jugendgesetzes – oder überhaupt der Frage eines neuen Kinder- und Jugendhilfegesetzes – ist noch immer nicht geklärt. Daneben gibt es aber noch zahlreiche Fälle, in denen Wahlversprechen oder gar Gesetze nur zögerlich oder überhaupt nicht umgesetzt werden.

Verbot der körperlichen Strafen

Das Verbot von körperlichen Strafen wird seit langem von verschiedenen Organisationen in Luxemburg gefordert. In den Schulen ist es seit 1845 verboten Kinder zu schlagen, aber es passiert immer wieder und neulich schämte sich ein pensionierter Lehrer nicht einmal, in einem Leserbrief im „Luxemburger Wort“ öffentlich die Wiedereinführung der Prügelstrafe zu fordern. Eine Umfrage der Fondation Kannerschlass ergab vor mehreren Jahren, dass immer noch viele Eltern die Prügelstrafe als normal empfinden und sie auch anwenden. In Schweden und Deutschland gibt es mittlerweile Gesetze, die das Schlagen von Kindern auch durch ihre Erziehungsberechtigten untersagen. Was verhindert, dass auch in Luxemburg ein solches Gesetz gestimmt wird?

2) Schule

Aus- und Weiterbildung der Professionellen aus dem Bereich Kinder- und Jugendarbeit in Sachen Kinderrechten

Diese Forderung wird immer wieder erhoben obschon es meiner Meinung nach zu den elementaren Pflichten aller im Bereich der Schule sowie der Kinder- und Jugendhilfe Beschäftigten gehört, sich über die Rechte der Kinder zu informieren. Aber weder in der Ausbildung

⁵ Stellungnahme des Deutschen Kinderschutzbundes zur Einrichtung von Babyklappen und zur Anonymen Geburt, Hannover, 25. November 2002